

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. November 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 127

Das Elend der Arbeitslosigkeit

Das bekannte Wort Ruskins „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ enthält gewiß eine tiefe Lebensbejahung, einen mühen Ansporn zum Aushalten im harten Kampf ums Dasein. Und doch müssen wir zugeben, daß selbst die stärkste Beherzigung dieses Zuspruchs angelehrt der Not des wirtschaftlichen und geistigen Lebens für die große Masse nur einem Tropfen auf einen heißen Stein gleicht. Niemand ist die Not aller wirklich Arbeitenden geworden. Auch der fleißigste Arbeiter befindet sich am Ende jeder Woche in der trostlosen Lage des Siphos, dem nach einer griechischen Sage in der Unterwelt die Strafe zuteil wurde, ein ungeheures Felsenstück auf dem Gipfel eines hohen Berges zu wälzen, von dem es aber immer wieder hinabröhlte.

Noch trauriger ist jedoch das Los der heutigen Arbeitslosen. Denn der beschäftigte Arbeiter hat während seiner Tätigkeit wenigstens eine mehr oder weniger künftliche Ablenkung von seiner Lage; der Arbeitslose dagegen bleibt sich ununterbrochen seines Elends bewußt. Das muß für jeden ehrlichen Menschen zu einem festlichen Martrium werden, das um so nachhalliger und gefährlicher wirkt, je länger es dauert. Dazu kommt dann noch, daß seine Existenzmittel, trotz öffentlicher oder gewerkschaftlicher Unterstützung, weitaus hinter dem zurückbleiben, was ein Beschäftigter für sich und die Seinen zu einem an sich schon kümmerlichen Dasein verdient. So gestaltet sich das Elend der Arbeitslosen zu einem unlagbar traurigen wirtschaftlichen und geistigen Lose, das der gesamten gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zur unausführlichen Schmach gereicht.

Wir haben sowohl Ursachen als Folgen dieser Zustände schon oft und gründlich beleuchtet, es auch nicht an vielfältigen praktischen Vorschlägen fehlen lassen, wie diesem Elend abgeholfen werden kann. Leider stehen aber allen diesen Vorschlägen die eigentlichen Urheber dieser trostlosen Zustände, die Besitzer und Beherrscher der Produktionsmittel, fast durchweg mit einer geradezu frevelhaften Gleichgültigkeit gegenüber. Sie bequemen sich höchstens zu einer ziemlich platonischen Anerkennung sozialer Unterstützungsmethoden, ohne jedoch ernstlich Miene zu machen, das Übel durch eine gründliche Umgestaltung der Produktionsverhältnisse an der Wurzel austrotzen zu lassen. Unterdessen wird das Elend von Tag zu Tag größer und naht sich mit Riesenschritten dem Stadium, wo nur noch eine gewalttätige Lösung als einziger Ausweg bleibt.

Von welcher einschneidender Bedeutung der Umfang und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist, ergibt sich aus einer loeben veröffentlichten amtlichen Zusammenstellung in einer Denkschrift der Reichszentrale für Heimdienstleistungen unter dem Titel „Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Es waren danach arbeitslos:

Stichtag	Unterstützte Erwerbslose		Familienangehörige
	männlich	weiblich	
15. Januar 1920	340 773	106 887	447 660
1. Februar "	301 101	97 803	418 904
15. Februar "	309 639	91 781	401 400
1. März "	286 224	82 635	368 859
15. März "	271 626	75 096	346 722
1. April "	257 186	70 669	327 855
15. April "	242 973	66 536	309 509
1. Mai "	228 573	63 753	292 326
15. Mai "	212 907	60 034	272 941
1. Juni "	209 340	61 111	270 451
15. Juni "	227 360	69 803	297 253
1. Juli "	239 978	81 348	321 326
15. Juli "	264 874	94 544	359 418
1. August "	290 735	105 964	396 699
15. August "	304 048	107 525	411 573

Aus diesen Zahlen ist zwar ersichtlich, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die im Januar 1919 mit 1,1 Millionen ihren Höchststand erreicht hatte, bis zum 1. Juni 1920 regelmäßig und fortgesetzt gefallen ist. Die seit Juli d. S. einsetzende Wirtschaftskrise hatte aber wiederum ein erhebliches Ansteigen der Erwerbslosen zur Folge. Und diese Steigerung wird sich leider noch weiter fortsetzen, sobald die kalte Witterung zu einem Erliegen der Saisongewerbe führt und der unvermeidliche Kohlenmangel, der nach dem Abkommen in Spa sich demnächst noch in weit stärkerem Maße als im Vorjahre bemerkbar machen wird, zu weiteren Betriebsstilllegungen zwingt. Zu berücksichtigen ist bei dieser vorstehend aufgeführten Tabelle noch besonders, daß sie nur die Zahlen der zur Erwerbslosenunterstützung berechtigten Arbeitnehmer nebst ihren Familienangehörigen enthält. Bekannt dürfte ja sein, daß der Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung außerordentlich beschränkt ist und nach § 6 der Erwerbslosenunterstützung vom 6. Mai 1920 nur solchen Personen gewähr-

werden darf, die ihre Bedürftigkeit dazu in vollem Umfange nachweisen können. Die Zahl der Arbeitslosen ist also in Wirklichkeit erheblich größer, als das in der vorstehend aufgeführten tabellarischen Übersicht zum Ausdruck kommt. Besonders stark halten unter der Erwerbslosigkeit zu leiden der industrielle Staat Sachsen, ferner Hamburg und schließlich Berlin. Von den in ganz Preußen unterstützungsberechtigten Erwerbslosen entfallen 46,4 Proz. allein auf den Bezirk Groß-Berlin.

Für eine objektive Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Tragweite der Arbeitslosigkeit kommt jedoch neben der Zahl der Arbeitslosen auch die Dauer der Arbeitslosigkeit als besonders erschwerender Umstand in Frage. Es betrug die Zahl der Arbeitslosen, die bereits länger als sechs Monate die öffentliche Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen mußten, am 1. August 1920 z. B. in Thüringen 493. In der Provinz Hannover 726, in Schleswig-Holstein 1503, in Württemberg 1529, in Bayern 4837 und in Hamburg, dessen wirtschaftliche Grundlage durch den Wegfall des Überseehandels besonders tief erschüttert ist, 6774. In Berlin waren sogar 12392 (15 Proz.) männliche Erwerbslose und ihre Familien seit sechs Monaten und darunter 4633 (5,5 Proz.) Erwerbslose und ihre Familien seit neun Monaten und länger auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen.

Das Elend der Arbeitslosigkeit ist jedoch durch vorstehende Angaben noch lange nicht in seinem ganzen Umfange gekennzeichnet. Denn hierzu kommen noch alle jene Arbeiter, die den infolge stark verkürzter Arbeitszeit ausreichenden Verdienst nicht mehr erzielen können. Die sogenannte „Kurzarbeit“ hat dann auch gerade in den letzten Monaten einen immer größeren Umfang angenommen. Bestimmte Zahlen über die Zahl der Kurzarbeiter, die bisher aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt wurden, liegen allerdings nicht vor. Aber ihre Zahl wurde bereits Anfang Juni d. S., also vor Ausbruch der Krise, auf mindestens 100 000 Personen veranschlagt.

Dah alle die für die Unterstützung der Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen aufgewandten öffentlichen Mittel ungeheurer Summen verlangen, war angesichts des wirtschaftlichen Notstandes nicht zu vermeiden. Allein im Jahre 1920 wurden dafür bis jetzt verausgabt für den Monat

Januar . . .	53 722 999 Mk.	Juni . . .	51 691 286 Mk.
Februar . . .	57 633 708 "	Juli . . .	58 005 827 "
März . . .	61 502 253 "	August . . .	75 909 333 "
April . . .	54 048 084 "		

Die hier noch fehlenden Monate des Jahres werden noch größere Summen erfordern, da besonders in den letzten Wochen eine starke Vermehrung der Kurzarbeit an fast allen größeren Orten festzustellen ist.

Zieht man nun in Betracht, daß alle vorstehenden Angaben sich in der Hauptsache auf den Kreis der Arbeitslosen beziehen, die von der öffentlichen Erwerbslosenunterstützung erfasst werden, so wird man sich denken können, daß es sich hierbei nur um einen Bruchteil der gesamten Arbeitslosen handelt. Während beispielsweise die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen ohne Familienangehörige am 1. Juli d. S. 321 326 Personen betrug, waren insgesamt zu derselben Zeit allein bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen 1 118 912 (834 731 Männer, 284 181 Frauen) Arbeitsuchende angemeldet. Infolge der Wirtschaftskrise war dann im Monat Juli der Andrang der Arbeitsuchenden noch bedeutend größer. Allein in diesem Monat war ein Zugang von 677 017 Erwerbslosen zu verzeichnen. Ein unmaltesendes und genaues Bild der Arbeitslosigkeit läßt sich aber selbst durch diese Zahlen noch nicht geben. Denn infolge der geringen Aussicht, bei den Arbeits- und Stellennachweisen in absehbarer Zeit Arbeit nachgewiesen zu erhalten, haben viele Arbeitslose schon heute von der Benutzung der öffentlichen Nachweisenrichtungen überhaupt ab. Viele veruchen deshalb durch eigene Anstrengung, durch Zeitungsinserate, durch Benutzung gewerkschaftlicher Stellenvermittler usw. Beschäftigung zu erhalten.

Als äußere Ursachen dieses wachsenden Elends der Arbeitslosigkeit werden in der hier als Grundlage dienenden Denkschrift der Reichszentrale für Heimdienstleistungen eine ganze Reihe angegeben. Zunächst kommt ein starker Zustrom von Arbeitskräften aus solchen Volksteilen in Frage, die vor dem Kriege dem Arbeitsmarkt fernblieben. Die Verringerung des Heeres, der Marine, der Schutztruppe, ferner die Verringerung der Arbeitsgelegenheit in den Militär- und Marinebetrieben ergeben eine Mehrbelastung des Arbeitsmarktes um etwa 950 000 Personen. Auch der Niedergang des Überseehandels hat mindestens weitere

100 000 arbeitsfähige Menschen brach gelegt. Dazu kommt noch die Zahl der Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten (nahezu 500 000) und etwa 300 000 noch während des Krieges und nach her zurückgekehrte Auslandsdeutsche, die nun zum größten Teil ebenfalls den Arbeitsmarkt belasten. Der Rückgang der ausländischen Wanderarbeiter gleicht diesen Zuwachs in keiner Weise aus.

Durch den allgemeinen Rückgang des Wirtschaftslebens hat sich die Arbeitsgelegenheit allein in der Industrie um weit mehr als eine Million Arbeitsstellen vermindert; für die Angestellten der Industrie wird ein Ausfall von rund 200 000 Arbeitsstellen angenommen. Aber auch die Arbeitsgelegenheit für Angestellte in Handel und Verkehr steht natürlich im engen Zusammenhange mit der Beschäftigungsmöglichkeit in den übrigen Industrien. Sieht man hier auch wieder einen Vergleich zur Industrie in bezug auf die Zahl der Arbeiter wie 1 (Handel und Verkehr) zu 9 (Industrie) und die Zahl der Angestellten wie 1 (Handel und Verkehr) zu 1,3 (Industrie), so wird man unter Berücksichtigung dieser Verhältniszahl auch im Handel und Verkehr mit einem Ausfall der Arbeitsplätze von rund 140 000 für Arbeiter und 150 000 für Angestellte durchaus nicht zu hoch gegriffen haben.

Tiefen riefen Ziffern gegenüber allen bis herigen Bemühungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Notstandsarbeiten nur wenig Abbruch. Die für öffentliche Notstandsarbeiten aufzubringen Zuschüsse beliefen sich seit Dezember 1918 auf 792 Mill. Mk. Mit diesen Zuschüssen sind Notstandsarbeiten mit einem Kostenaufwande von etwa 1584 Mill. Mk. ausgeführt und auf diese Weise täglich rund 8 000 Erwerbslose beschäftigt worden. Später erfolgte eine Förderung der Notstandsarbeiten im Zusammenhange mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Insgesamt sind auch bisher aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge rund 126 Millionen bewilligt und damit 61 000 Erwerbslose auf die Dauer von vier bis fünf Monaten der Arbeitslosigkeit entzogen worden.

Die Schlussfolgerungen aus diesem gesamten überaus traurigen Bilde der Arbeitslosigkeit in der betreffenden Sach sind auffallend knapp. Sie lauten: „Aber mit allen diesen Mitteln, so wichtig sie auch im Augenblicke sein mögen, ist dem Gros der Arbeitslosen wenig geholfen. Ihre Rettung, d. h. ihre Zurückführung in den Produktionsprozess hängt vielmehr, wie das schon eingangs nachgewiesen wurde, von der gemeinen Gesundung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens ab. Daß die Regierung alles hierzu Erforderliche schnellstens veranlassen wird — so sind beispielsweise bereits behördliche Maßnahmen gegenüber Betriebsstilllegungen in Aussicht genommen — darf nach den schon erwähnten Ausführungen des derzeitigen Reichsarbeitsministers als unbedinglich sicher angenommen werden. Denn gegen Ende handelt es sich nicht nur um die Erwerbslosen, sondern um die Existenz des deutschen Volkes überhaupt.“

Wir sind zwar auch der Auffassung, daß allen Arbeitslosen am besten nur dadurch geholfen werden kann, daß ihre Zurückführung in den Produktionsprozess erfolgt, nur können wir letzten Endes den Mitteln, durch die eine allgemeine Gesundung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens herbeigeführt werden soll, und zwar in dem Sinne, wie sie in dieser Denkschrift eingangs erwähnt sind, nur einen sehr problematischen Wert beimessen. Alles wird darin nämlich von einer entsprechenden Veränderung des Verfallener Friedensvertrags abhängig gemacht. Und darin zeigt sich nach und nach die Auffassung der wirklichen Ursachen der heutigen Lage unseres Wirtschaftslebens eine mehr theoretische als praktische Erkenntnis der Rettungsmöglichkeiten aus diesem Chaos. Der Verfallener Friedensvertrag ist nur ein natürliches Kind der privatkapitalistischen Wirtschaftskrise. Darauf müssen wir uns einstellen! Wenn wir warten wollen, bis die Vertragsbestimmungen so gelockert sein werden, daß die allgemeine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens möglich ist, wird es sowohl für die noch im deutschen Produktionsprozess praktisch tätigen wie für die Arbeitslosen zu spät sein. Hier kann einzig und allein nur eine vollständige Abkehr von den bisherigen privatkapitalistischen Arbeits- oder Produktionsmethoden in Deutschland sowohl in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht wirkliche Hilfe bringen. Hier heißt es für das ganze deutsche Volk: Hilf dir selbst, so hilf dir Gott! Diese Selbsthilfe kann und darf aber selbstverständlich nicht darin bestehen, daß man wie Anno dazumal mit dem Säbel raffelt und die Gebrüder mit nationalen Phrasen vertekelt, sondern daß Mann für Mann zum Spaten oder zum Werkzeuge greift, dazu greifen kann und darf, um neue und wirkliche Werte und

nicht Papierpresse zu schaffen. Volks- und Landesverwalter sind alle jene, die um ihres Geldbeutels Willen die Schätze deutschen Bodens, die Produktionsmittel und Arbeitskräfte zum Stillstande bringen wollen, die als Urheber der ungeheuren Arbeitslosigkeit unerträgliche Lasten auf alle noch Arbeitenden häufen. Ihnen, allen Unternehmern in Gewerbe, Industrie und Handel und nicht zuletzt allen Börsenmenschen muß die Möglichkeit genommen werden, das deutsche Volk noch schlimmer auszubeuten als dies durch ihre fremdlandischen Gelinnungsgenossen durch den Friedensvertrag oder sonstige Verluste wird. Alles andre ist privathaptalistische Fiktion. Für die jeder denkende Arbeiter in Deutschland nur noch Beachtung übrig haben kann. Und zweifellos wird der Tag nicht mehr fern sein, wo sowohl Arbeitslose wie die Arbeiter in Werkstätten, Fabriken und Kontoren diesem gewissenlosen Treiben ein energisches „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenstellen. Wenn sie alle wollen arbeiten und nicht verzweifeln!

Zur Arbeitsbeschaffung

Als vor Jahresfrist das amerikanische Kapital sich anschickte, sich der europäischen Industrie zu bemächtigen, ging durch die bürgerliche Presse eine große Ausrufung. Und die deutschen Industriemagnaten haben es durch allerhand Börsenmanöver verstanden, diesen unliebsamen Konkurrenten vom Saße zu halten. Es ist ihnen auch gelungen, die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter für sich zu reservieren.

Wenn wir gedankenlose Arbeiter wären, könnte es uns ja gleich sein, ob wir deutsche oder amerikanische Kapitalisatoren ernähren. Aber im Laufe des letzten Jahres hat es sich herausgestellt, daß wir bei den amerikanischen doch besser gefahren wären. Denn unsere Grobhandeln und Grobkapitalisten haben sich in letzter Zeit zu ganz gewissen „Unternehmergenies“ entwickelt. Es wird an den Börsen nur mit Industriepapieren spekuliert und dank der hohen Dividende immer mit hohem Gewinn. Die Kapitalkonzentrationen reißen nicht ab. Aber von einem wirklichen Unternehmungsgeist und Sehning der Produktion hört man nichts. Da wartet man, bis dank der niedrigen Valuta sich ein Auftrag nach Deutschland vertritt, und damit gehen dann die bürgerlichen Blätter kreben. Betriebsstilllegungen und Einschränkungen sind an der Tagesordnung.

Die dadurch arbeitslos werdenden Arbeiter läßt Vater Staat natürlich nicht verhungern. Er unterstützt sie mit noch ganz seuchen Papiermarken. Um nun solche Dinge in die Hände zu bekommen, läßt man die Rollenpresse rollen. Wo kommen die aus solche Welle erzeugten Werte hin? Alle arbeitenden und arbeitslosen Hand- und Kopfarbeiter haben am Wochenschlusse genau so viel wie sie am Anlange der Woche hatten. Da ging vor einigen Wochen eine Stoffs durch die Presse, daß 80 Milliarden Mark brach auf den Banken liegen. Das dürfte auch die Antwort auf vorstehende Frage sein. Das neugedruckte Geld rollt durch die Hände der breiten Masse in die Taschen der Lebensmittelwucherer und Schleichhändler, um dann in den mit dieser wirklich überflüssigen Bevölkerungsschicht freu verbundenen Banken zu landen.

Vergleicht man nun das heutige Grobkapital mit einem Altwarenhändler. Lo muß man letzterem, was Unternehmungsgeist anbelangt, unbedingt den Vorzug geben. Dieser hat den Scheinwert des Geldes lange erkannt und lacht deshalb sein Lager selbst mit den minderwertigsten Sachen vollzustopfen. Der Grobkapitalist aber läßt sein Geld brach auf den Banken liegen. Und das geschieht in einer Zeit, wo in allen Waren Mangel herrscht und die Arbeitslosigkeit zur Landplage geworden ist. Wo bleibt der deutsche Unternehmungsgeist? Zu den Wucherern, Kartoffelbauern und Schleichhändlern ist er geflohen.

Diese Merkmale sind allgemeiner Natur. Und die Frage, wie dem abzuhelfen sei, hat schon viele Köpfe beschäftigt. Da las ich von der Kieler Deputation bei Besuchen usw. weds Arbeitsbeschaffung. Mit Beschaffung von Arbeit ist meiner Ansicht nach auch allen andern Mitten abgeholfen. Also hat der in dieser Richtung unternommene Vorstoß etwas für sich. Das Unternehmen scheint aber wieder auf halbem Wege liegenbleiben zu sollen. Nur eine allgemeine Sozialisierung könnte da retten, wenn die Zeit und die Arbeiter reif dazu wären.

Nun zur Frage der Sozialisierung. Selbst in Buchdruckerkreisen findet man in dieser Beziehung eine sehr verworrene Auffassung. Und doch gibt das Wort in seiner deutschen Übersetzung ziemlich klaren Ausschluß. Sozialisieren heißt vergee erschaffen. Also die Produktionsmittel der Gesellschaft oder einer Gesellschaft übergeben. Es richtet sich wohl ganz danach, wie groß die Gesellschaft ist, die Interesse an den betreffenden Produktionsmitteln hat. Lassen wir einmal das Buchdruckergewerbe ins Auge. Lo hämen die Buchdrucker und Hilfsarbeiter, eventuell höchstens das graphische Gewerbe in Frage. Die Produktionsmittel könnte man auch mit einer Genossenschaft ansprechen. Bei einer solchen Sozialisierung mühte sich der Staat das Einspruchsrecht bei der Preisbildung vorbehalten. Nun ist aber mit der Sozialisierung der Produktionsmittel im Buchdruckergewerbe allein nichts getan. Bei einer planmäßigen Bewirtschaftung des graphischen Gewerbes würde der Bedarf an Druckerzeugnissen bedeutend zurückgehen. Um dies zu verhindern, muß einem Unternehmungsgeiste noch freier Spielraum geschaffen werden. Aber dieser Geist ist eingeschlagen. Und um ihn zu wecken, sollten wir die einen Konkurrenten schaffen, der der von Kriegs-, Schleber- und Wuchererproften überflügeltten Unternehmungskasse noch schwerer an die Nieren geben soll, wie der vor Jahresfrist überwundene amerikanische.

Das Buchdruckergewerbe ist zum größten Teil ein Kursgewerbe. Es hängt also von den Launen des Publikums ab und bietet deshalb dem Unternehmungsgeist einzelner Personen ein großes Betätigungsfeld. Die eigenfünliche Lage in unserm Gewerbe ist die, daß der Unternehmer der Arbeitsbeschaffung ziemlich machtlos gegenübersteht. Wenn, wie in gegenwärtiger Zeit, in den Verlegerkreisen der gute Wille oder der Unternehmungsgeist leidet. Nehmen wir einmal den flauen Geschäftsgang in Augenblicken, so müßten wir ohne weiteres zu der Überzeugung kommen, daß in den Verlegerkreisen ein böser Wille herrscht, denn auf keinem Gebiete besteht ein solcher Warenhang wie nach den Produkten des Buchdruckergewerbes. Gebrängt durch die Notwendigkeit nach geistiger Betätigung in der Gelehrten- und Künstlerwelt geben. Auch das Bedürfnis nach neuen geistigen Produkten liegt bis zur Übergenüge vor. Auch der in Aussicht stehende Profit mühte auf die Verleger verlockend wirken. Also liegt hier offensichtlich Unternehmungsgeist vor. Ich werde noch auf die leeren Läger der Buchhandlungen hin. Selbst die lästigen Schulbücher finden keine Verleger.

Ich sehe nun einen Uebelstand darin, daß wir als Erzeuger und Verbraucher zugleich diesen passiven Unternehmern und Böswilligkeit das Wasser abgraben könnten. Durch die Geistesgebung könnten wir vielleicht einmal die Produktionsmittel in die Hände bekommen. Was würde aber dem Gewerbe zum Fluche gereichen, wenn es uns nicht gelingt, die nötige Arbeit herbeizuschaffen. Denn, wie schon erwähnt, liegt für unsere Erzeugnisse nur bis zu einem gewissen Teile die unbedingte Verbrauchsmöglichkeit vor. Der andere Teil hängt also mehr oder weniger von dem Geschäftsgeist einzelner Unternehmer ab.

Die großen Bolschewikführer haben z. B. erkannt, daß der Militarismus nur mit seinen eignen Waffen erdrossen werden kann. Warum wollen wir dasselbe nicht auch bei dem Kapitalismus versuchen, indem wir selbst Verlagsgenossenschaften gründen und so regelnd auf den Arbeitsmarkt und die Preisbildung einwirken?

Zurückkommend auf die Kieler Betreibungen, meine ich, daß eine ener-ischere Selbsthilfe angebracht wäre. Bis zu einem gewissen Grade liegt die Möglichkeit und Berechtigung vor, für gewisse Bedarfsergebnisse unfres Gewerbes das Verlegerrecht an uns zu reißen. Die Arbeitervertreter in den einzelnen Volksvertretungen müßten zur Unterstützung der betreffenden Veruche herangezogen werden. Die auf diese Art in unfre Regie gebrachten Arbeiten ließen sich dazu verwenden, brachliegende Druckereien zu beschäftigen und Arbeitslose unterzubringen.

Nehmen wir an, es bilden sich aus Angehörigen des graphischen Gewerbes oder aus den gelangten graphischen Verbänden Verlagsgenossenschaften. Denen wird von Staats- und Gemeindewesen das Verlegerrecht von Schulbüchern und andern öffentlichen Arbeiten erteilt. Das nötige Kapital wird aus dem Vermögen der Gewerkschaft beschafft. Vergrößern ließe sich das Kapital durch Sparkassen für Gewerbesangehörige. Die Mitarbeit der verschiedenen Autoren wären leicht zu sichern. Für die fachtechnische Leitung dieser Verlagsgenossenschaften würden sich bald die besten Kräfte finden, zumal auch die Angehörigen des Verlags- und Buchhandels den Genossenschaften angusliehen wären. Auf diese Weise ließe sich ein gesundes Gegengewicht und ein Ansporn für den Unternehmungsgeist des Privatkapitals schaffen.

Neben diesen Verlagsgenossenschaften könnten noch Buchdruckerbetriebsgenossenschaften gegründet werden. Denen müßten von Staats wegen stillgelegte Buchdruckereien zur Bewirtschaftung übergeben werden.

So weil das Sachgewerbliche. Nun noch einiges für die Allgemeinheit. Viele Arbeiter haben einige Notsachen auf Sparkassen und Privatbanken liegen. Wäre es nicht möglich, diese vielen kleinen Posten zu einem großen Kapital zusammenzulassen? Zum Beispiel in einer Volksbank, deren Leitung und Kontrolle in den Händen der Gewerkschaften liegt. Von dieser Bank könnten dann Arbeiterunternehmen (Konsum und Produktion) finanziert werden. Der Gewinn ließe, nach Ausschlagung der üblichen Zinsen, der Bank selbst zu. Auf diese Art ließe sich der Einfluß der Arbeiter steigern. Genügend ausgebildete Leute sind dazu vorhanden; sie würden bald in der Lage sein, die Regelung des wirtschaftlichen Lebens im Staate selbst zu übernehmen.

Leipzig.

Ad. Markert.

Verordnung gegen Betriebsabbrüche und Betriebsstilllegungen

In gemeinsamer Sitzung haben der wirtschaftspolitische und sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats am 22. Oktober 1920 einstimmig einen Entwurf verabschiedet, der der Reichsregierung Mittel in die Hand geben soll zu Maßnahmen gegen leichtfertige und mutwillige Betriebsabbrüche und Betriebsstilllegungen.

Bekannt ist, daß verheerend wirkende Ziegeleien, Brauereien und andre industrielle Betriebe von den Besitzern einlad abgebrochen und die maschinellen Einrichtungen nach dem Auslande verkauft wurden. Dadurch sind nicht nur wertvolle Betriebsmittel, die die deutsche Volkswirtschaft nach Vollendung ihres Wiederaufbaues selbst dringend benötigt, nach dem Auslande geschafft worden, es wird auch durch den Abbruch der Betriebe die Behebung der Arbeitslosigkeit wesentlich behindert. Weiterhin ist bekannt, daß verheerend wirkende Unternehmer mit der Drohung der Betriebsstilllegung verfahren haben, einen Druck auf ihre Betriebsräte auszuüben, um die für ihre Wände gefällig zu machen. So wurde in der Sitzung als besonders drastischer Fall darauf hingewiesen,

daß die Verwaltung der Mansfelder Kupferhüttenwerke durch die Androhung der Stilllegung der Werke verurteilt hat, einen Druck auf ihre Betriebsräte auszuüben, damit diese sich vor den Preispolitikern des Werkes spannen lassen. Dandläufig sind weiter die bekannten Drohungen der Unternehmer mit Betriebsstilllegungen bei der Erhebung von Lohnforderungen durch ihre Arbeiter.

Dieser Unfug muß, wenn er sich auch nicht ganz beilegen läßt, lo doch gehemmt werden. Aus d'eltem Grunde hatte die Regierung, dem Drucke der Arbeiterorganisationen folgend, dem Reichswirtschaftsrat eine „Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Betriebsstilllegungen“ zur Begutachtung unterbreitet. Die Verordnung sieht vor, daß bei Betrieben mit mindestens 20 ständig beschäftigten Arbeitnehmern unverzüglich eine Meldung bei der zuständigen Demobilisationsbehörde und eine telegraphische Meldung dem Reichswirtschaftsministerium zu erteilen ist, wenn Betriebsanlagen ganz oder teilweise abgebrochen werden sollen, wenn beschlagnahmt wird, zum Betriebe gehörige Sachen in anderer Weise dem Betriebe zu entziehen, sie zu veräußern oder betriebsunfähig zu machen, wenn dadurch die ordnungsgemäße Führung des Betriebs wesentlich beeinträchtigt wird. Außerdem haben diese Meldungen zu erfolgen, wenn in einem Betriebe mit in der Regel weniger als 200 Beschäftigten 10 Arbeitnehmer, in Betrieben mit in der Regel mindestens 200 Beschäftigten 5 Proz. der beschäftigten Arbeitnehmer, jedenfalls aber wenn mehr als 50 Arbeitnehmer zur Entlassung gelangen sollen. Bei Betriebsabbrüchen, wenn auch nur teilweise, darf die beachtliche Handlung nicht vor Ablauf von sechs Wochen nach erfolgter Meldung erfolgen. Bei Betriebsstilllegungen, die mit der Entlassung von Arbeitskräften verbunden ist, dürfen die Entlassungen erst vier Wochen nach Ablauf der Anzeigepflicht erfolgen.

Die Verordnung läßt weiter Untersuchungen durch die zuständigen Fachorganisationen und Selbstverwaltungskörper zu und gibt die endgültige Entscheidung den Demobilisationsbehörden in die Hände.

Erklärlicherweise waren die Unternehmer von dieser Beschränkung ihrer Freizügigkeit nicht besonders entzückt. Herr v. Borlig, der bekannte Berliner Vorkostkönig, glaubte besonders hervorheben zu müssen, daß durch die Annahme dieser Verordnung die Unternehmer zu Aussperrungsmaßnahmen gezwungen würden. Die übrigen in den beiden Ausschüssen vertretenen und angewandten Arbeitgeber waren vernünftig genug, nicht in die Scharfmacherherbe des Herrn v. Borlig zu hauen, worauf dann die Verordnung mit folgendem Zusatzantrage der Unternehmer einstimmig angenommen wurde: „Dem § 5, nach dem die Verordnung keine Anwendung findet, wenn Maßnahmen in den Betrieben auf Anordnung oder mit Zustimmung einer zuständigen Behörde erfolgen, soll hinzugefügt werden — oder wenn nachweislich Mangel an Kohle, Betriebsstoffen und Rohstoffen trotz rechtzeitiger Vorzüge des Betriebs vorliegt.“ Ferner wurde zugestimmt, daß „wirtschaftliche Maßnahmen im Verlaufe von Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung gelten“.

Diesen Anträgen konnten die Vertreter der Arbeiterschaft mit ruhigem Gemüthe zustimmen, da sich Betriebsstilllegungen wegen Mangels an Kohlen, Roh- und Betriebsstoffen nicht verhindern lassen. Treten diese Betriebsstörungen ein, nachdem der Unternehmer sich nachweislich alle Mühe gegeben hat, die erforderlichen Betriebsmittel zu erlangen, dann kann ihm wegen der Unmöglichkeit, sie zu beschaffen, ersichtlich kein Vorwurf gemacht werden. Ebenso haben auch die Gewerkschaften keine Sehnsucht nach einer ungerufenen Einmischung des Staates und Arbeiterorgane in die zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft auszutragenden Wirtschaftskämpfe.

Mit der Annahme dieser Verordnung durch den Reichswirtschaftsrat dürfte auch deren Inkraftsetzung durch die Reichsregierung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Aufgabe der Arbeiterschaft nach Beschwerde derselben wird es sein, darüber zu wachen, daß die zu ihrem Schutze erlassenen Bestimmungen von den Unternehmern auch eingehalten werden.

Kannover.

G. Siffher.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Müchtersleben. Die Mitgliederversammlung vom 2. Oktober beschloß die Mitgl'ederverfahren der Betriebsräteerfassung, des graphischen und des Druckerzells, mit der Gründung der Lehrlingsorganisation, welcher sich sämtliche Lehrlinge angeschlossen haben, und der Lehrlingsordnung, die sich hierorts auch seitens der Prinzipale großer Wertschätzung erfreut, so daß wir im Gau an der Spitze marschieren. Beschlossen wurde, allen durchreudenden Kollegen freies Nachfragen und Frühkassette aus Ortsvereinstiftung zu gewähren. Als Delegierter für das Druckerzells wurde für einen aussehenden Kollegen ein anderer gewählt. Eine längere Aussprache rief das Thema „Einheitliche Arbeitszeit (getrennt oder durchgehend) am Orte“, das in der Sitzung des Zentralrats der Betriebsräte angeschulten wurde, hervor.

Hs. Barmen. Vierteljahrsbericht. In der gut besuchten Versammlung am 31. Juli wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen geacht. Unter „Vereinstiftungen“ gab Vorleser den Hinz die Tarifanerkennung der Firmen Gebrüder Schlegelndal und R. Sowah bekannt. Mit diesen beiden sind jetzt alle Barmen Druckerzellen tariftreu. Ferner bracht er das Urteil des Tarifrats gegen fünf hiesige Prinzipale zur Kenntnis, die den Aufschlag für Nachstunden bei der Stromverlegung nicht zahlen wollten. Die Kollegen erhalten

durch dieses Urteil 50 Proz. Vergütung. **Betriebsfinanzierung** der Betriebsrätezentrale wurde in der Gewerkschafts-Konferenz beschlossen, pro Kopf vierteljährlich 1 Mk. zu entrichten. Die Verammlung stimmte dem zu. Ein Antrag des Vorstandes zur Tarifrevision wurde ebenfalls gutgeheißen. — In der Augustversammlung warnte der Vorsitzende die Kollegen vor Annahme anderweitiger Arbeit während ihrer Ferien, auch sei das Nichtnehmen der Ferien gegen Bezahlung unzulässig. Die Abrechnung vom zweiten Quartal gab Kassierer Stöckinger. Sodann beehrte uns Herr Lehrer Barisch (Eberfeld) mit einem Vortrag über: „Freigeid — Freiland“. Den interessantesten Ausführungen wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. — Am 29. August verammelten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen zu einem Ausfluge nach Pilsböhe bei Vangerfeld, um dort unter verpöbelten Johannisfest, verbunden mit Ehrung der Verbandsubilare, zu feiern. Es war dies die erste Festlichkeit nach sechs Jahren (die großangelegte 50-jährige Jubelfeier des Ortsvereins Barmen, August 1914, war durch den Kreisausbruch zum Schaden gemacht) und die Kollegen waren so zahlreich erschienen, daß Saal und Garten dicht besetzt waren. Während Kollege Otto Boomkamp sein 50-jähriges Verbandsubiläum begehen konnte, bildeten unter Vorherrscher R. Kunz, die Kollegen D. Voh, W. Morffelder und Fr. Poiland auf ihre 25-jährige Verbandzugehörigkeit zurück. Nach dem Vortrage des Chores „Johannisnacht“ erblute der zweite Vorsitzende W. Müller die Jubilare durch eine Ansprache sowie durch Überreichung von Geschenken seitens des Ortsvereins. Für den Verband und Gavourvorstand übermittelten andere Vorstandsmitglieder dem Jubilär Glückwünsche und Geschenke. Im Namen der Geehrten dankte Kollege Boomkamp für die ihnen zuteil gewordenen Ehrungen, ermahnte die Kollegen zur Einigkeit und Verbandstreue und schloß seine Worte mit einem Hoch auf den Verband, worin alle Festteilnehmer freudig einstimmten. Die Festlichkeit nahm einen beschleunigten Verlauf. Den gelungenen Teil hatte unser rührige „Typograph“ übernommen und gebührt ihr hierfür Dank. — Zum 17. September hatte der Vorstand die Lehrlinge und deren Eltern zu einer Besprechung eingeladen. Starke Belust war zu verzeichnen. Vorherrschender Kunz gab den Anwesenden Aufklärung über die neue Lehrplangordnung und von den Eltern wurde dieselbe sehr begrüßt. — Nachdem der Vorsitzende in der Versammlung am 25. September zunächst ein Schreiben des Vorstandes zur Verlesung gebracht, wies er auf das Inanspruchnehmen der Lehrplangorganisation am 1. Oktober hin. Eine lebhafteste Auseinandersetzung rief der Punkt „Bezugsverhältnisse“ hervor, doch fand ein Antrag des Vorstandes fast einstimmige Annahme. Die Unterstufung für durcheisende, ausgebildete und nichtbezugsberechtigten Kollegen wurde der Zeit entsprechend festgesetzt. Aufgenommen wurden im verfloßenen Quartal sechs Kollegen.

Freiburg i. Br. Am 30. September fand hier die Gründungsversammlung der Lehrplangabteilung statt, die von den geladenen Lehrlingen und deren Eltern sehr gut besucht war. Der mit der Leitung der Abteilung beauftragte zweite Bezirksvorsitzende Döcker eröffnete die Versammlung und erläuterte deren Zweck. Hierauf referierte der Vorsitzende Sandfort über: „Die Lehrplangfrage im Buchdruckgewerbe“. Es ist auffallend, daß von den Prinzipalen gegen die Lehrplangordnung, die doch zur Erhebung des Gewerbes — unter Mitwirkung der Prinzipale — erlassen ist, fast überall Kritik gemacht werde. Daß besonders die Lehrplangabteilung von den Prinzipalen nicht gern gesehen wird, ging aus einem Schreiben an die Eltern hervor, in dem ihnen empfohlen wurde, ihre Versammlung zu besuchen, da es sich um das Wohl ihrer Söhne handle, aber vor weiteren Entscheidungen (Einstritt in die Lehrplangabteilung) gewarnt wurde. Nachdem der Vorsitzende noch kurz die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe gestreift hatte, ließ eine rege Aussprache ein. Von allen Rednern wurde es begrüßt, daß die Lehrplangorganisation jetzt Tatsache geworden sei. Die Vorsitzenden der Typographischen Vereinigung und des Maschinenmeistervereins erklärten sich bereit, an der Weiterbildung der Lehrlinge mitzuwirken. Als sehr erfreulich ist es zu bezeichnen, daß von den etwa 70 am Orte vorhandenen Lehrlingen sofort 60 der Abteilung beitraten.

Samburg-Wilfona. (Schriftgießer.) In der Versammlung am 1. Oktober erstellte Kollege Peters Bericht über die tarifliche Lage und den gefällten Schiedspruch, der uns 5 Proz. auf den Mindestlohn brachte. Hierauf ließ eine rege Aussprache ein. Alle Redner waren sich einig, daß der gefällte Schiedspruch mehr eine Verhöhnung der Kollegen sei, als eine Verbesserung der tariflichen Lage bedeute. Wenn man sich trotzdem zur Annahme dieses Schiedspruchs mit knapper Mehrheit entschloß, war es nur der gewerkschaftlichen Mißbilligung zu danken. Der Prinzipalität aber rufen wir ein energisches „In Erinnerung“ zu. Unter „Verabschieden“ leitete uns Kollege Peters die Zusammenlegung des Tarifschiedspruchs mit. Dann folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

G. A. M. (Maschinenleger.) In der Bezirksversammlung am 26. September wurden die gefällten Mitteilungen entgegengenommen. Weiterum konnten drei Kollegen aufgenommen werden. Zu der außerordentlichen Generalversammlung in Bochum wurden drei Kollegen bestimmt. Ferner hörte die Versammlung einen Vortrag des Kollegen Wundschammer über: „Angewandtes und Sechsmalchenbelegung“. In anschaulicher Weise gab Redner ein Bild davon, wie die Sechsmalchenräume beschaffen sein müßten, aber meistens leider nicht vorzufinden sind. Es sei notwendig, wieder mehr Aufmerksamkeit auf die Anglene in den Sechsmalchenräumen zu verwenden, um die drohenden Schäden an der Gesund-

heit der Maschinenleger zu verhindern. Weiter erwähnte er die vor allem in Folge des Kohlenmangels entfallenden Belegungsarten für Sechsmalchen, wovon einige ungenügender gesundheitschädlich wirkten. Das Ideal sei heute die elektrische Belegung, der die Zukunft gehöre. Der Punkt „Technisches“ brachte ebenfalls noch eine rege Aussprache.

Kollbus. (Bierleijährsbericht.) In der Zusammenkunft erstattete uns Kollege Schulz Bericht vom Goutag. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, die Unterstufung an ausgesetzte und nichtbezugsberechtigten Kollegen zu erhöhen, wurde angenommen. — In der Augustversammlung hielt Mittelschullehrer Kersten einen interessanten Vortrag über: „Geographische und wirtschaftliche Folgen des Krieges.“ Es wurde ebenfalls ein aus der Versammlung gestellter Antrag, die Arbeitszeit im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen zu verkürzen, angenommen. — Zu einer sehr interessanten Versammlung gestaltete sich die Septemberversammlung. War doch Kollege Robert Braun (Berlin) erschienen, um uns einen Vortrag zu halten über: „Die tarifliche Lage“. Alle Kollegen folgten mit höchstem Interesse den Ausführungen des Referenten. Starke Beifall lebte nach Schluß seiner Rede ein, und bereitwillig gab er auf die Anfragen aus dem Kollegenkreis Antwort. Kollegen Braun sei nochmals an dieser Stelle für seine von reichhaltigem Material unterstützten Ausführungen Dank ausgesprochen.

Mainz. Die Bezirksversammlung am 24. September befaßte sich mit den Begehren der Gavourvorsteherkonferenz, und die hierüber gemachten Ausführungen der Kollegen Weipich und Mann erweckten lebhaftes Interesse. In Verfolg der Konferenzbeschlüsse betreffend Volkskassendmaßnahmen wurde der in der letzten Versammlung gefaßte Beschluß betreffend Zuschuß aus der Bezirkskasse an die Arbeitslosen wieder aufgehoben. Nach Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten, wovon verschiedene Vorkommnisse eine laute Verurteilung erlitten, wurde in einer anschließenden außerordentlichen Generalversammlung der Krankengeldzuschußhaffes Krankenlohn auf täglich 2,50 Mk. erhöht.

Naumburg a. d. S. Am 1. Oktober konnte unter Bezirksverein auf ein 25-jähriges Bestehen und Kollege Reichmann auf eine 25-jährige Kassiererfähigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatten sich die Kollegen nebst ihren Angehörigen am Abend des 9. Oktober versammelt, um diesen Tag festlich zu begehen. Als Festredner war Kollege Prox (Wormar) gewonnen. Nach Begrüßung der zahlreich Erschienenen durch Kollegen Gubermann wechselten Gesang, Musik und Reden einander ab. Im Namen des Goues und Bezirks wurden Kollegen Reichmann Innigste Wünsche überreicht, wofür er in bewegten Worten seinen Dank ausdrückte. Zahlreiche Glückwünschdreiben hiesiger und auswärtiger Korporationen wurden zur Verlesung gebracht.

Rosenheim. Nachdem der Gau Bayern durch den letzten Goutag in Bezirke eingeteilt worden ist, nahmen die Kollegen des Bezirks Rosenheim in einer Bezirksversammlung am 26. September in Rosenheim die endgültige Organisierung des bereits seit einem Jahre bestehenden Bezirksvereins und Neuwahl des Ausschusses vor. Vertreten waren: Rosenheim durch 16 Kollegen, Wasserburg durch 4, Mesbach mit 3, Tegernsee mit 2 und Soltau durch 1, Albing, Löß mit je einem Kollegen; außerdem die angrenzenden Nachbarbezirke durch einen Kollegen aus Mühlhof und Traunklein. Gewählt wurden die Kollegen Kalks (Mesbach) als Vorsitzender und Kagenfleiner (Rosenheim) als Kassierer. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete ein Referat unseres Gavourvorstehers Sommerich über: „Gavourvorsteherkonferenz und kommende Tarifrevision“. In die Besprechung des Referats schloß sich eine Aussprache über Bezirksangelegenheiten, die auch viel Interessantes aufwies. Den Appell am Schluß der Versammlung zu freiem Zusammenhalten in kommender Zeit möchten wir auch an dieser Stelle nochmals wiederholen.

Stettin. Unsrer Mitgliedschaft nahm am 4. Oktober die Gründung ihrer Lehrplangabteilung vor. Die reiflich erklärtenen Jungbuchdrucker begrüßte der Leiter der Abteilung, Kollege Juhl, ebenfalls durch entsprechende Rede die „Typographia“. Unter schwebender Gavourvorsteherherrschaft stellte sich durch einen Vortrag in den Dienst der Sache. Aufgenommen wurden lo ziemlich alle jungen Berufsgenossen.

Waldenburg l. Schl. (Bierleijährsbericht.) In der Monatsversammlung vom 7. August, die auch von auswärtigen Kollegen besucht war, wurde Stellung zu den Anträgen zum Goutag und zu den Anträgen zur Tarifrevision genommen. Der Kassenbericht pro zweites Quartal und die Abrechnung vom Johannisfest wurden erstattet und dem Kassierer Entloftung erteilt. Der Kassenbericht gelangte zur Bekanntgabe. — Die Versammlung am 21. August war schwach besetzt. Es erfolgte Bericht vom Goutag in Breslau. — Für die Septemberversammlung fand ein Eltern- und Lehrplangabend statt, wobei auch die Gründung einer Lehrplangorganisation vor sich ging. — Am 17. September erfolgte die Gründung eines Graphischen Kartells. Als Referent war Kollege Kornek (Berlin), Vorstandsmittglied des Hilfsarbeiterverbandes, erschienen. Redner schilderte in längeren Ausführungen die gegenwärtige Lage im graphischen Gewerbe, die geradezu zu dringende, daß sich auch die Arbeitnehmer enger zusammenschließen. Die Versammlung ging mit dem Wunsch aus, daß der nunmehr erfolgte engere Zusammenschluß der graphischen Arbeiterkraft auf Erfolge hoffen möge. — Die gefaßte Versammlung am 9. Oktober besprach nach Anhörung der Kartellberichte die Ausprägung eines Teiles der Berliner Kollegen und verzerrte diese auf das schärfste.

Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Die Dpladener Druckerel und Verlagsanstalt O. m. b. S. (Verlag der „Berghöhen Post“) in Dpladen gewährt den verarbeiteten Gehilfen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 20 Mk., den unverarbeiteten (alleinstehenden) Gehilfen 15 Mk. und den Lehrlingen, die noch bei ihren Eltern sind, 10 Mk. — Die Buchdruckerel Artur Solmann in Saalfeld („Saalfelder Volksblatt“) zahlte als Beihilfe zur Kasierelbeschaffung den verarbeiteten mit bis zu drei Kindern 100 Mk., den übrigen 50 Mk.

Freies Nachquartier für reisende Kollegen. Der Ortsverein Brandenburg (Saale) gewährt den durchreisenden Kollegen seit Monat September freies Nachquartier und Mittagessen.

Gehilfenprüfung. Zu der Herbstprüfung in Frankfurt a. d. O. hatten sich 12 Prüflinge gemeldet, und zwar aus Frankfurt 3 Geher, 2 Drucker, aus Neudamm 2 Geher, 1 Drucker, aus Giersleben, Giersleben, Soldin und Königsberg (Nrn.) je ein Geher. Die Prüfung bestanden 9 Prüflinge mit „Gut“, 3 mit „Befriedigend“.

Eine Treuhandbank für das graphische Gewerbe. In Bayern bildete ein Konsortium von Kapitalinteressenten eine sogenannte Treuhandbank für das graphische Gewerbe als Aktiengesellschaft. Diese mit einem Kapital von vorläufig einer Million Mark konstituierte Gesellschaft hat sich die Aufgabe gestellt, „sich“, wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, „in den Dienst der papierergewerblichen Industrie und des graphischen Gewerbes zu stellen“. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen zweier Herren namens Dukas und Lion. Aufsichtsratsvorsitzender ist Bankdirektor Strickmann (Bayrische Diskonto- und Wechselbank). Die Träger dieses neuen Unternehmens scheinen bezüglich der Rentabilität des graphischen Gewerbes wesentlich anderer Auffassung zu sein, als die ständig das Gegenteil behauptenden Wortführer der Prinzipalität.

Anlaute Konkurrenz. Der Magistrat von Rensburg in Westpreußen veruchte unter Hinweis auf die Bereitwilligkeit des Weichselverlags (Marlenwerder) zur unentgeltlichen Aufnahme sämtlicher Bekanntmachungen in der „Weichselzeitung“ auch andere Zeitungen des dortigen Bezirks zu einer wesentlichen Preisermäßigung in der Berechnung seiner Bekanntmachungen zu bewegen; der betreffende Magistrat drohte in einem Falle sogar damit, die Bekanntmachungen künftighin nur noch am schwarzen Brett des Rathhauses auszuhängen, wenn nicht eine wesentliche Preisermäßigung für die Zukunft zustanden werde. Unter einer wesentlichen Preisermäßigung verstand der Magistrat eine Herabsetzung von etwa 4000 Mk. auf nur 1000 Mk. als Jahrespauschale. Wir leben in dieser Zumutung nur eine Folge der bei einem großen Teile der Zeitungsverleger früher üblich gewordenen Schmutzkonkurrenz, die wir von jeher als äußerst schädlich für das ganze Gewerbe bezeichnet haben. Und wenn wir auch in Anbetracht des heutigen Auftragsmangels für das Buchdruckgewerbe der Ansicht sind, daß es nicht minder schädlich ist, wenn die Druckfächer- und Anzeigenpreise zu hoch geschraubt werden, so können wir doch in einer solchen Verschleuderung der gewerblichen Leistungen durch den Weichselverlag nichts anderes als anlaute Konkurrenz erblicken. Es ist uns zwar wohlbekannt, daß in Aussicht auf tarifliche Bezahlung und Arbeitsverhältnisse die Inhaber der Druckerel der „Weichselzeitung“ (Wendt & Groß) in Marlenwerder gerade noch lo am Rande des Tarifs herumbalanzieren. Immerhin bleibt es eine sehr eigenartige Sache, daß ein Verlag mit solchen Mitteln sich zu behaupten sucht. Hier scheinen nur verborgene Geldgeber in Frage zu kommen, die auf dem Standpunkt stehen, der Zweck heiligt die Mittel; die wahrlich auch nicht davor zurückzureden, auf dem Wege von illegalen Zuschüssen die öffentliche Meinung ihren Interessen dienlich zu machen. Daß ein Magistrat die Folgen einer solchen verdeckten Interessentwirlschaft auszunutzen sucht, schloß uns daher ebenso bedenklich wie das Angebot der „Weichselzeitung“ bezüglich des kostenlosen Abdrucks der öffentlichen Bekanntmachungen. Ein geordneter, ehrwürdiger Geschäftsverkehr ist das nicht; denn er bringt für beide Teile Verpflichtungen oder Ansprüche mit sich, die sowohl gewissenhafte Zeitungsverleger wie amtliche Stellen in der Öffentlichkeit mißbilligieren. Zu Ehren des Magistrats von Rensburg nehmen wir an, daß er in seiner großen Finanznot an diese ersten Konsequenzen nicht gedacht hat, als er das Angebot der „Weichselzeitung“ als vorbildlich auszunutzen veruchte.

Tariffragen der Schriftgießer. Seit Schaffung des Reichstarifs für alle in Schriftgießergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit dieselben an der Produktion beteiligt sind, ist bereits ein Jahr vergangen. Die dabei vorgelegten Tarifanfragen zur Belegung gewerblicher Streitfälle haben sich nunmehr konstituiert. Die erstmaligen Verhandlungen des Tarifamts (Eitz Berlin) fanden in Berlin vom 26. bis 28. Oktober d. J. unter Einwirkung eines unparteiischen juristischen Vorsitzenden statt. Da es nicht möglich ist, alle in dieser Sitzung behandelten Fragen zum Ausdruck zu bringen, beschränken wir uns auf die Wiedergabe der uns mitgeteilten wichtigsten Entschlüsse. Der Antrag der Gehilfenchaft, bei Arbeitsmangel eine 25prozentige Entschädigung für die ausfallenden Stunden zu gewähren, erab nachfolgenden Vergelt: Bei Verkürzungen wird für die Dauer von vier Lohnwochen die beantragte Entschädigung gewährt. Ein Antrag auf Einrechnung der Gehilfenchaft Frankfurt-Offenbach a. M. in Lohnklasse A und die Einrechnung der

